

Das Ende der Souveränität 14.12.2009



LONDON/BERLIN/ATHEN (Eigener Bericht) - Deutsche Regierungsberater dringen auf konzertierte Maßnahmen zur politischen Neutralisierung britischer Euroskeptiker. Wie es in einem aktuellen Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) heißt, werde die Haltung der britischen Konservativen "den Aktionsradius der EU künftig entscheidend mitbestimmen".

Ursache sei, dass die weitgesteckten Möglichkeiten, die sich mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon für die EU-Außenpolitik bieten, in gewissem Maße von der Mitwirkung Londons abhängen. Dort ist bei den Wahlen im Mai mit einem Regierungswechsel zu rechnen - von Labour zu den Konservativen. Deren Vorsitzender befeilige sich eines flexiblen "Europragmatismus", habe euroskeptische Töne nur aus machtpolitischen Erwägungen angeschlagen und könne gegen den EU-kritischen Flügel seiner Partei in Stellung gebracht werden, meinen die Autoren des SWP-Papiers. Dass eine zentrale Ursache für die britische Euroskepsis, die Furcht vor einer Preisgabe der Souveränität des Landes, nicht unbegründet ist, zeigt der derzeitige Streit um die Staatsschulden Griechenlands. Die deutsche Kanzlerin droht Athen, die EU müsse darüber nachdenken, Griechenland einen Sparhaushalt zu oktroyieren - womöglich auch gegen den erklärten Willen des gewählten nationalen Parlaments.

Global angelegt

Wie es in einem aktuellen Papier der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) heißt, solle man London schon aufgrund seines politisch-ökonomischen Gewichts in Zukunft stärker in die EU-Außenpolitik einbinden. "Großbritannien, zweitgrößter Wirtschaftsraum in der EU, mit London als internationalem Finanz-Drehkreuz", könne "aufgrund seiner global angelegten Außen- und Sicherheitspolitik" keinesfalls ignoriert werden, erklären die Autoren.[1] Wegen der bekannten Euroskepsis des Vereinigten Königreichs hätten die Staaten vom europäischen Festland bislang "wenig Augenmerk" auf London gelegt. Dies sei ein Fehler. Die EU-Mitglieder seien nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon "gut beraten", von der britischen Regierung ein stärkeres Engagement für Brüssel einzufordern. Da bei den Parlamentswahlen im Frühjahr vermutlich die Konservativen gewinnen, müsse man nun versuchen, auf sie Einfluss zu nehmen.

Europragmatismus

Die aktuelle Entwicklung unter den Konservativen bezeichnet das SWP-Papier als "düster". Gemeint ist damit ein neuer Zulauf für die gegenüber dem europäischen Zusammenschluss eher kritischen Kräfte: "Die kommende Generation der konservativen Abgeordneten wird das euroskeptische Lager weiter stärken." Daher sei es nötig, "über kurz oder lang" für die engere Einbindung in die EU zu werben. Dabei könne man eine Kooperation mit dem aktuellen Parteichef der Konservativen, David Cameron, erhoffen. Dessen bisherigen euroskeptischen Äußerungen hätten "in erster Linie parteiinterne machtpolitische Erwägungen" zugrunde gelegen; er selbst tendiere eher zu einem "konservativen Europragmatismus". Bereits sein Abrücken von einem Referendum über den Vertrag von Lissabon habe dies erkennen lassen. Auf der Basis eines solchen "konservativen Europragmatismus" könne Cameron "von der Parteispitze aus die (euroskeptische, d. Red.) Basis unter Druck setzen", meinen die SWP-Autoren. Zwar werde Camerons bisheriges "Versäumnis, mit den Hardlinern seiner Partei abzurechnen", selbst "den eingefleischten Optimisten signalisieren, dass noch viel Arbeit bevorsteht". Dennoch lohne der Versuch, die euroskeptischen Kräfte weiter auszugrenzen.

Gestaltungspotenzial

Begünstigt wird das Unterfangen dem SWP-Dokument zufolge durch verschiedene äußere Umstände. So seien, heißt es, die Einflussmöglichkeiten der britischen Konservativen im EU-Parlament "geschwächt", seit sie sich dieses Jahr von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) abgespalten und eine neue Fraktion ("European Conservatives and Reformists") gegründet hatten. Zudem sind die Autoren der Ansicht, die für Großbritannien äußerst wichtige US-Regierung definiere unter Präsident Obama den "Wert Großbritanniens zunehmend über sein Gestaltungs- und nicht über sein Konfliktpotenzial innerhalb der EU". Seien deshalb die Bedingungen für ein Vorgehen gegen die Euroskeptiker nicht schlecht,

so könne man sich der Aufgabe, EU-kritische Kreise zurückzudrängen, ohnehin nicht entziehen. Denn selbst dann, wenn Labour wider alles Erwarten an der Regierung bleibe, könne "nicht ausgeschlossen werden, dass die nationale Sichtweise in den Vordergrund rückt"; gemeint sind ebenfalls euroskeptische Tendenzen. Es sei deswegen ohnehin nötig, eine "offene Debatte" mit und in Großbritannien über einen Ausbau seiner EU-Aktivitäten anzuzetteln. Die Vorschläge der SWP-Autoren, wie das zu geschehen habe, bleiben allerdings noch relativ unverbindlich und eher unklar.

Sparpolitik

Zentrale Ursache für die britische Euroskepsis ist nach wie vor die Befürchtung, die EU könne künftig die Souveränität der Nationalstaaten aushebeln und von außen gegen den Willen der gewählten nationalen Parlamente offen in die Mitgliedländer hineinregieren, auch nach Großbritannien. Dass diese Befürchtung durchaus begründet ist, zeigt die jüngste Entwicklung in Griechenland. Die Staatsschulden Griechenlands belaufen sich mittlerweile auf rund 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; das ist das Doppelte dessen, was der Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubt. Athen ist starkem Druck mehrerer EU-Staaten ausgesetzt, darunter Deutschland, die verlangen, den Schuldenstand um jeden Preis zu verringern. Ob diese Forderung gerechtfertigt sei, ist umstritten; so urteilt der Regierungschef Luxemburgs, Jean-Claude Juncker: "Die Perspektive, die einige zeichnen, als stünde Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott, entspricht überhaupt nicht meiner Beobachtung".[2] Der Präsident der deutschen Bundesbank, Axel Weber, verlangt hingegen, Athen müsse eine rigide Sparpolitik einleiten, die auch erhebliche Einschnitte bei den Löhnen umfasse.[3]

Noch eigenständig

Wie die deutsche Kanzlerin fordert, soll Brüssel für Fälle wie diesen neue Eingriffsrechte in zentrale Bereiche nationaler Souveränität erhalten. Weigere sich ein gewähltes Parlament etwa, große Einschnitte bei den Löhnen zu beschließen, dann müsse Brüssel solche Einschnitte auch gegen dessen Willen verordnen dürfen. "Nationale Parlamente lassen sich nur ungern etwas vorschreiben", stellt Angela Merkel fest und verlangt: "Über solche Probleme müssen wir sprechen".[4] Die Tragweite solcher Eingriffe, die besonders die kleineren EU-Staaten treffen und sie de facto der direkten Kontrolle durch die EU-Hegemonialmächte, allen voran Deutschland, unterwerfen, hat kürzlich der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou antizipiert. Papandreou urteilt, durch den äußeren Druck auf Athen, seinen Schuldenstand um jeden Preis zu senken, sei erstmals seit 1974 die Souveränität des Landes bedroht. 1974 endete in Griechenland die Militärdiktatur und wurde durch die parlamentarische Demokratie abgelöst. Papandreou fügt hinzu, Athen müsse nun die unter anderem von Berlin geforderten Einschnitte selbst vornehmen. Dies sei "der einzige Weg, um dafür zu sorgen, dass Griechenland nicht seine Eigenständigkeit verliert".[5]

[1] Martin Kremer, Roderick Parkes: Großbritannien: "Being nice to a sceptic?" SWP-Aktuell 66, Dezember 2009

[2] EU macht Druck auf Griechenland; Handelsblatt 10.12.2009

[3] Bundesbank fordert Griechenland zum Sparen auf; Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.12.2009

[4] EU verweigert Griechenland Soforthilfe; Spiegel Online 10.12.2009

[5] Bundesbank fordert Griechenland zum Sparen auf; Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.12.2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com